

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,



Christoph Degen

Vorsitzender
des Arbeitskreis Bildung,
Main-Kinzig-Kreis

zunächst hoffe ich, dass Sie gut in das neue Jahr 2021 gestartet sind. Ich wünsche Ihnen alles Gute und in diesen besonderen Zeiten vor allem Gesundheit für Sie und Ihre Angehörigen.

Ein besonders schweres Jahr voller Herausforderungen liegt hinter uns. Ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die hart gearbeitet haben, um die Beschulung unserer Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Sie haben Konzepte für verschiedene Unterrichtsformen erarbeitet, für Internet und die Verteilung der mobilen Endgeräte gesorgt, Geduld und Zuversicht vermittelt und vieles mehr. Dafür danke ich Ihnen.

Für die SPD hatte immer Priorität, das Abstandhalten in Schulen zu ermöglichen, damit die Schulen offen bleiben können und um eine sichere und angstfreie Lehr- und Lernatmosphäre zu schaffen. Deshalb setzen wir uns seit Monaten für das Wechselmodell an Schulen ein. CDU und Grüne haben unsere Anträge dazu einen nach dem anderen noch bis Mitte Dezember abgelehnt und das Infektionsgeschehen an den Schulen heruntergespielt.

Während das Kultusministerium offensichtlich nur die beiden Extreme Schulschließung oder Schulschließung kennt, bieten wir mit dem Wechselmodell einen Kompromiss, der den Schulen Planungssicherheit bietet. Doch Schwarz-Grün war und ist zu engstirnig, das Wechselmodell flächendeckend an Schulen einzuführen, beziehungsweise verbindliche Inzidenzzahlen dafür festzulegen. Wahrscheinlich, weil man es im verhältnismäßig ruhigen Sommer nicht geschafft hat, die Schulen auf solche Konzepte vorzubereiten. Diese Fehleinschätzung hat nun zu einer Schulschließung durch die Hintertür geführt. Solange die Schulen nicht vollständig geöffnet werden können, hat für uns ein strukturierter Wechsel aus Präsenz- und Distanzunterricht Priorität. Nur so kann erreicht werden, dass kein Kind zurückgelassen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Degen

Klicken Sie auf die Fotos um auf die Website der/ des Abgeordneten zu kommen!



Karin Hartmann

Mitglied
des Arbeitskreises;
Vorsitzende des KPA,
Kreis Bergstraße



Turgut Yüksel

Mitglied
des Arbeitskreises,
Frankfurt



Kerstin Geis

Mitglied
des Arbeitskreises,
Kreis Groß-Gerau



Manuela Strube

Mitglied
des Arbeitskreises,
Kreis Kassel

Inhalt

Aktuelles.....	2
Wechselmodell.....	3,4
Abschlussprüfungen, Klassenfahrten & Schülerverkehr.....	5
Haushaltsdebatte.....	6
Erwachsenenbildung.....	6
Digitalisierung.....	7
Herkunftssprachen.....	8
Kulturelle Bildung.....	8

Schule zu - viele Fragen offen

Aktuelles

297 Tage nach der Schließung der Schulen im Frühjahr hat die Ministerpräsidentenkonferenz einen erneuten Lockdown beschlossen. Darin enthalten auch das Aussetzen der Präsenzplicht für Schülerinnen und Schüler ab Stufe 7 bis zum 31. Januar, obwohl genau dieses Modell nicht Bestandteil des schulischen Stufenplans ist. In diesen 297 Tagen war genug Zeit für das Kultusministerium die Schulen auf eine zweite Welle des Corona-Virus vorzubereiten. Dies passierte nicht. Stattdessen hieß es bis vor die Weihnachtsfeiern volle Schule, volle Klassen, volles Infektionsrisiko. Kultusminister Lorz schätze das Risiko im Dezember-Plenum noch gering ein. Diese Position scheint sich jedoch nur wenige Tage später fundamental geändert zu haben. Plötzlich wurde das Infektionsgeschehen an Schulen so hoch bewertet, dass



vor und nach den Weihnachtsferien die Präsenzplicht an den Schulen ausgesetzt wurde, was für fast alle Schülerinnen und Schüler einer Schulschließung gleichkommt. Das wirft viele Fragen auf, die wir dem Kultusminister in einem Dringlichen Berichts Antrag im Kulturpolitischen Ausschuss stellen werden.

Unsere Pressemitteilung „Weihnachtsferien zur Vorbereitung eines sicheren Schulstarts im Januar nutzen“ finden Sie [hier](#)

Unsere Berichts Antrag „Zick-Zack-Kurs des Kultusministers“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4384)

Unsere Dringlichen Antrag „Schulen auf Corona-Winter vorbereiten“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4064)

Klarer Plan für Schulen

Angstfreies und sicheres Lernen

Schülerinnen und Schüler wurden lange einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt. Unter solchen Umständen ist es unmöglich vernünftig zu lernen. Deshalb haben wir die Landesregierung in mehreren Anträgen aufgefordert, ein Konzept für Schulen zu erarbeiten und eigene Vorschläge gemacht. Lösungen für Schulen braucht es über den Januar hinaus. Wir wollen praxisorientierte Konzepte, die es ermöglichen in Klassenzimmern Abstand zu halten. Wir haben uns für den Verzicht auf Klassenzusammenlegungen eingesetzt, um größere Klassen zu vermeiden und setzen konzeptionell auf den strukturierte Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht.

Unseren Antrag „Sicheres und angstfreies Lernen in der Krise garantieren“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4233)

Unseren Antrag „Verzicht auf Klassenzusammenlegungen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3902)

Die Rede von Abg. Christoph Degen im Video finden Sie [hier](#)

Landtagsdebatte im Dezember

„LÜFTEN UND HOFFEN REICHT NICHT - ES BRAUCHT PRAXISORIENTIERTE KONZEPTE FÜR DIE HESSISCHEN SCHULEN.“

Christoph Degen



Nicht nur wir fordern das Wechselmodell

Wechselmodell



Christoph Degen (MdB) bei der Übergabe der Petition der GEW

Sowohl die GEW Hessen als auch der Verband für Bildung und Erziehung (VBE) sprechen sich für das Wechselmodell an Schulen aus. Der VBE bezeichnete das Wechselmodell als „einzig [gangbaren] Weg“. Obwohl es für Lehrerinnen und Lehrer eine Mehrleistung bedeuten würde, den Unterricht als Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht zu gestalten, sprechen sich dennoch viele dafür aus. Um dies auszugleichen, müsste man Entlastungsmöglichkeiten schaffen. „Curriculare Vorgaben und deren aktuelle Umsetzung müssen diskutiert werden.“, so die GEW. Deshalb hat die GEW, in Anwesenheit von Christoph Degen, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD Hessen eine Petition und ein Tagesaufgabenkalender an den Kultusminister Lorz übergeben. Dies soll ihm die aktuelle Situation an den Schulen vor Augen führen und ihn dazu bringen, das Wechselmodell flächendeckend zu ermöglichen.

Landesregierung ist für Schulchaos verantwortlich

Wechselmodell

Schon früh forderten wir das Wechselmodell um Abstandhalten im Schulalltag zu ermöglichen. Dabei „[ging] es gar nicht darum, [...] starre Regeln für alle hessischen Schulen einzuführen. Es [ging] schlichtweg darum, das **Abstandhalten zu ermöglichen**. Das ist derzeit in vielen Schulen nicht möglich“, erklärt Christoph Degen, bildungspolitischer Sprecher der SPD Hessen. Die Ablehnung des Wechselmodells an Schulen wurde von der Landesregierung sowie CDU und Grünen in der zweiten Jahreshälfte immer wieder auch damit begründet, dass doch kaum Schulen geschlossen seien. Wir machten schon damals klar, dass es nicht um komplett geschlossene Schulen geht, sondern darum wie viele Klassen oder auch ganze Jahrgänge von der Präsenzbeschulung ausgeschlossen sind bzw. sich in Quarantäne befinden.

Das Kultusministerium hat – im Gegensatz zu vielen Schulen – den verhältnismäßig ruhigen Sommer nicht genutzt. Im Ministerium hat man offensichtlich gehofft, die Folgen und Probleme der verschlafenen Digitalisierung würden sich von alleine lösen. Viele Schulen haben jedoch hart dafür gearbeitet einen Wechsel aus Präsenz- und Distanzunterricht zu ermöglichen. Diese Möglichkeit und die damit einhergehende Planungssicherheit hat der Kultusminister diesen Schulen leider genommen. „Ganzer Unterricht ist besser



als halber“, das war Lorz’ Devise. Wir finden: **Halber Unterricht ist besser als gar kein Unterricht**. Die Schulen brauchen Unterstützung und Planungssicherheit, Dinge die diese Landesregierung fast schon traditionell nicht bietet. Unsere Anfrage von September zu aktuellen Zahlen von Schließungen und Teilschließungen von Schulen wurde im Dezember eher lapidar beantwortet. An wirklicher Transparenz ist dem Kultusministerium ganz offensichtlich nicht gelegen.

Unsere Dringlichen Berichtsanhörung „Wechselmodell ermöglichen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4023)

Unsere Anfrage „Unterricht unter Pandemiebedingungen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3877)

Unsere Kleine Anfrage zu Schul- und Teilschließungen finden Sie [hier](#) (DS. 20/3557)

Unsere Pressemitteilung „verbindliche Vorgaben für das schulische Wechselmodell“ finden Sie [hier](#)

Unsere Pressemitteilung „Wechselmodell für alle Schulen ermöglichen“ finden Sie [hier](#)

Abschlussprüfungen, Klassenfahrten & Schülerverkehr

Fragen aus dem Plenum

Wir fragen nach!

Thema: Abschlussprüfungen

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie angesichts zunehmenden Unterrichtsausfalls und Quarantänemaßnahmen an zentralen Vergleichsarbeiten und Abschlussarbeiten im Schuljahr 2020/2021 fest?

Antwort der Landesregierung:

[...] Für die Abschlussprüfungen gilt gleichwohl das Gebot, dass nur die Wissens- und Kompetenzstände zum Prüfungsgegenstand gemacht werden können, die die Schülerinnen und Schüler zuvor auf der Grundlage des Unterrichts erwerben konnten. Aus diesem Grund können zum jetzigen Zeitpunkt in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der Pandemie Anpassungen nicht ausgeschlossen werden.



Thema: Klassenfahrten

Nachfrage von Christoph Degen:

Wie ist denn die Regelung im Blick auf künftige Klassen- oder Schulfahrten? Dürfen Klassenlehrer aktuell wieder planen, oder ab wann?

Antwort der Landesregierung:

Grundsätzlich können Klassenfahrten für das zweite Halbjahr geplant werden, allerdings unter dem Vorbehalt, dass alles, was an Buchungen neu getätigt wird, kostenlos stornierbar sein muss, sodass sich die Frage der Stornokosten im Fall der Fälle nicht mehr stellen wird.

Thema: Schülerverkehr

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Schulen haben ihre Anfangszeiten geändert, um angesichts der aktuellen Pandemie den Schülerverkehr zu entzerren?

Antwort der Landesregierung:

57 Schulen haben bislang die Anfangszeiten geändert, um angesichts der aktuellen Pandemie unter anderem den Schülerverkehr zu entzerren. Geänderte Unterrichtszeiten [können] z.B. für berufstätige Eltern sowie für Organisation des Unterrichts eine Herausforderung darstellen. Daher wird eine entsprechende Entscheidung in Absprache mit allen Beteiligten vor Ort getroffen und orientiert sich an den maßgeblichen Gegebenheiten an der Schule.

Plenum vom 08.12.2020

Landesregierung denkt nicht an Zeit nach der Krise

Haushaltsdebatte

„Dieser Haushalt ist nicht die Antwort einer Landesregierung auf die Krise – er ist der Ausweis der Krise dieser Landesregierung“, erklärte Nancy Faeser in der Generaldebatte über den Etat des Ministerpräsidenten. Der Haushalt setzt keine Prioritäten und stellt keine Weichen für die Zukunft. Nachdem sich das Kultusministerium selbst schon im vergangenen Jahr 14 zusätzliche Stellen genehmigt hat, sollen nun schon wieder 17 weitere dazukommen. Der Haushalt 2021 mache in erster Linie deutlich, dass die schwarzgrüne Landesregierung ihren Zenit längst überschritten habe und dass die Koalition aus CDU und Grünen, die manche für ein Modell für die nächste Bundesregierung hielten, inhaltlich bankrott sei. Auf wesentlichen Politikfeldern, die maßgeblich darüber entschieden, wie gut das Land durch die Corona-Krise komme, habe Schwarzgrün versagt.

27.01.2021

Sitzung des
Haushaltausschusses

02.-04.01.2021

Plenum mit 3. Lesung/
Verabschiedung des
Haushalts



“

„Der Bildungsetat funktioniert nach dem Motto: Darf's ein bisschen mehr sein? Aber am Ende gibt es nur von allem ein wenig und von nichts genug. Sozialindex, Inklusion, Ganzttag – für nichts gibt es einen Plan, nur Stellenhülsen.“

Christoph Degen (MdL)

”

Landesregierung vernachlässigt Volkshochschulen

Erwachsenenbildung

Mit Erschrecken mussten wir feststellen, dass die Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen der freien Träger keinerlei Unterstützung des Landes für Corona bedingte Einnahmeausfälle, Mehrkosten und Digitalisierung erhalten werden. **Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag** zur kulturellen und sprachlichen Bildung sowie Weiterbildung für Erwachsene. Es ist fatal, dass die Landesregierung sich nicht darum kümmert diese wichtigen Angebote zu unterstützen und am Leben zu halten. Neben dem immensen Ausfall an Teilnahmegebühren, die zuletzt bei 31,4 Prozent der Gesamtfinanzierung lagen, sind aufgrund der Teilung der Lerngruppen zusätzliche Kosten für Mieten weiterer Schulungsräume und mehr Personal für die Umsetzung der Hygienemaßnahmen entstanden. „Die quasi eingesparten Kurslei-

terhonorare reichen nicht ansatzweise zur Deckung der Mehrkosten. Die hessische Landesregierung schwimmt im Geld, aber für die Erwachsenenbildung hat sie keinen Cent übrig“, kritisiert Kerstin Geis, Mitglied des Arbeitskreises Bildung.

Unsere Pressemitteilung „Erwachsenenbildung braucht Corona-Hilfen“ finden Sie [hier](#)

Das zugehörige Protokoll des KPA finden Sie [hier](#)

Wenn Sie sich für den Dringlichen Berichts Antrag (DS.20/3150) interessieren, schreiben Sie uns gerne eine E-Mail (s. Seite 9) und wir schicken Ihnen den Dringlichen Berichts Antrag gerne zu.

Digitales Chaos an hessischen Schulen

Es herrscht digitales Chaos an hessischen Schulen. Während die Landesregierung ein positives Fazit zieht, beschreibt Kerstin Geis, Mitglied des Arbeitskreises Bildung die Realität: „Vielorts fehlen Endgeräte, WLAN und Konzepte zur Durchführung des Unterrichts.“ Auf der einen Seite lobt Geis das Engagement der Schulen und Lehrkräfte, die an der Machbarkeit von Online-Unterricht maßgeblich beteiligt seien. Auf der anderen Seite nimmt sie die Landesregierung in die Pflicht. Immer wieder brüste man sich damit, Hessen sei das Land, das am meisten in Digitalisierung in-



vestiere. Grund dafür ist aber nicht die Fortschrittlichkeit dieser Regierung. Vielmehr ist es notwendig, um die Versäumnisse der letzten Jahre aufzuholen. „Die SPD-Fraktion fordert schon lange eine digitale Revolution, denn die Nutzung von digitalen Medien und sozialen Netzwerken beherrscht den Alltag von Kindern und Jugendlichen“, so Geis. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung erst jetzt handelt, wo die Versäumnisse der letzten Jahre auffallen wie nie. „Es gibt keinen Grund sich für die Versäumnisse der vergangenen Jahre zu bejubeln“, kritisiert Kerstin Geis.

Wir fragen nach!

Ich frage die Landesregierung:

Weshalb untersagt sie die Weiterleitung der vom HKM zugeteilten Dienstadresse auf ein bestehendes, gesichertes E-Mail-Postfach, das beim Schulträger hinterlegt ist?

Antwort der Landesregierung:

[...]Die erforderliche Schutzbedarfsfeststellung hat ergeben, dass zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bei den dienstlichen E-Mail-Adressen für Lehrkräfte zu veranlassen sind. Aus diesem Grund wurden in Abstimmung mit dem hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zusätzliche Maßnahmen umgesetzt.

Ich frage die Landesregierung:

An welcher Stelle wird entschieden, welches System bzw. welcher Hersteller für digitale Endgeräte für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler an der einzelnen Schule Verwendung findet?

Antwort der Landesregierung:

[...] Die Beschaffung und Bereitstellung der Endgeräte für Schülerinnen und Schüler erfolgt [...] durch die Schulträger, die somit auch über die Hersteller der Geräte und die darauf verwendeten Systeme, unter Berücksichtigung der erforderlichen Integration in die schulische IT-Infrastruktur, entscheiden. [...]



Kerstin Geis (o.) und Christoph Degen (u) im Plenum am 08.12.2020

Sprachangebot an Schulen ausbauen

Herkunftssprachen

In einem Antrag machen wir uns dafür stark, das Fremdsprachenangebot an hessischen Schulen zu modernisieren. Mehrsprachigkeit ist eine individuelle Fähigkeit die gefördert werden muss. Viele hessische Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wachsen mit ihren Herkunftssprachen auf. Es liegt uns viel daran, diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, auch im schulischen Umfeld ihre Herkunftssprachen zu festigen und als prüfungsrelevantes Wahlpflichtfach belegen zu können. Mehrsprachigkeit ist eine wertvolle Ressource, die von den staatlichen Bildungseinrichtungen mehr und systematischer als bislang gefördert werden muss. Den Kindern aus Migrantenfamilien bleibt es so weiterhin selbst überlassen, ihre spezifischen sprachlichen Fähigkeiten zu entwickeln und für sich zu nutzen. Obwohl die beiden

Regierungsparteien auf Wahlkampfveranstaltungen oft über die Modernisierung reden, bleiben Taten aus. Mit unserem Antrag wollen wir nicht nur unsere, sondern auch den Willen mehrerer Zehntausenden umsetzen, die sich in einer Petition dafür eingesetzt haben.

Unsere Kleine Anfrage „Herkunftssprachlicher Unterricht in Hessen 1“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4104)

Unsere Kleine Anfrage „Herkunftssprachlicher Unterricht in Hessen 2“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4105)

Unseren Antrag „Aufwertung von Herkunftssprachen als Fremdsprachen an hessischen Schulen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4296)



Unser Musikschulgesetz

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung darf nicht nur etwas für Besserverdienende sein! Leider sind die hessischen Musikschulen seit Jahren massiv unterfinanziert. Das macht sich an hohen Gebühren für alle, die ein Instrument lernen wollen, bemerkbar und geht auf Kosten der Musiklehrerinnen und -lehrer, die häufig keine Chance auf eine Festanstellung haben. Deshalb fordern wir mit unserem Gesetzentwurf die Anerkennung und Förderung von Musikschulen, denn so ein Gesetz gibt es bislang in Hessen nicht.

Unsere Pressemitteilung zum Musikschulgesetz finden Sie [hier](#)

Unseren Gesetzentwurf zu Musikschulen finden Sie [hier](#) (DS. 4221)

Die Rede von Abg. Christoph Degen finden Sie [hier](#)



Weitere Themen

Dienstliche Beurteilungen

Dienstliche Beurteilungen sind für Schulleitungen mit viel Aufwand verbunden. Wir haben nach vergleichbaren Kriterien gefragt und vor allem danach, wie das Kultusministerium seine Schulleitungen hierfür fortbildet und unterstützt.

Unsere Kleine Anfrage „Unterstützung für Schulleitungen bei der Erstellung von dienstlichen Beurteilungen“ finden Sie [hier](#) (DS.20/3834)

Vorklassen

Um die Lehr- und Lernbedingungen in Vorklassen zu verbessern, kann eine Senkung der Klassengröße sinnvoll sein. Wir haben gefragt, welcher Stellenmehrbedarf hiermit verbunden wäre.

Unsere Kleine Anfrage „Eingruppierung von Vorklassenleitungen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3520)

Schulversuche

Welche aktuellen Schulversuche wurden abgeschlossen und was lernen wir daraus? Was sind die aktuellen Schulentwicklungsaufträge der hessischen Versuchsschulen und wie wird man eigentlich Versuchsschule?

Die Antworten der Landesregierung finden Sie [hier](#) (DS. 20/3603)

Sonstige Initiativen

Hier finden Sie weitere parlamentarische Initiativen:

Berichtsantrag „Berufsorientierung in der Corona-Pandemie“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/4210)

Kleine Anfrage „Unterschiede und Evaluation von Selbstständigen Schulen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3835)

Kleine Anfrage „Verbindlichkeit zum Tragen von Alltagsmasken im Unterricht“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3438)

Kleine Anfrage „Zwang zum Regelbetrieb an Gesamtschulen mit Kursen“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3504)

Kleine Anfrage „Erste Staatsprüfung der Lehrämter“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3374)

Kleine Anfrage „Zweite Staatsprüfung der Lehrämter“ finden Sie [hier](#) (DS. 20/3375)

Faktencheck

In einer Kleinen Anfrage haben wir uns informiert, wie viele Lehrkräfte aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Risikogruppe vom Unterricht freigestellt worden sind.

Anzahl Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte die durch ein ärztliches Attest vom Präsenzunterricht befreit sind: **2034** (Stand 02.11.2020)

Die Kleine Anfrage finde Sie [hier](#) (DS. 20/3388)

Impressum :

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Bastian Fleig, V.i.S.d.P
Christoph Gehring
Luka Kayser
Martina Häusl-David
Abgeordnetenportraits:
Angelika Aschenbach / SPD-Fraktion